

## **Niederschrift**

über die 5. öffentliche Sitzung  
des Gemeinderates

am Donnerstag, dem **14.12.2017**, im **Ratssaal des Rathauses in Sande**

### **Tagesordnung:**

#### **Öffentlicher Teil**

- 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung**
- 2. Einwohnerfragestunde**
- 3. Genehmigung der Niederschrift Nr. 4 vom 18.10.2017**
- 4. Aufnahme eines Jugendvertreters als beratendes Mitglied in den Ausschuss für Kinder, Jugend, Senioren und Soziales  
Vorlage: 217/2017**
- 5. Benennung von Elternvertretern für den Schulausschuss  
Vorlage: 221/2017**
- 6. Festsetzung einer Gebühr für die Oberflächenentwässerung im Ortsteil Cäciliengroden für 2018  
Vorlage: 215/2017**
- 7. Richtlinien über die Sportförderung  
Vorlage: 177/2017**
- 8. Richtlinie der Gemeinde Sande über die Verwendung der Mittel zur Förderung von Jugendpflegemaßnahmen  
Vorlage: 224/2017**
- 9. Erlass einer Haushaltssatzung 2018 sowie die Festsetzung des Investitionsprogramms  
Vorlage: 207/2017/1**
- 10. Aufstellung einer vorhabenbezogenen 3. Änderung des Bebauungsplans Nr. 7 Hauptstraße/Dollstraße  
Vorlage: 199/2017**

**11. Mitteilungen, Anfragen und Anregungen**

**Nichtöffentlicher Teil**

- 12. Wirtschaftsplan 2018 der Sozialstation Sande  
Vorlage: 214/2017**
- 13. Veräußerung einer Gewerbefläche an die Arcon-Tech, Wilhelmshaven  
Vorlage: 202/2017**
- 14. Veräußerung des Erbbaugrundstückes Dieksteelstraße 56  
Vorlage: 183/2017**
- 15. Mitteilung des Hauptverwaltungsbeamten über anzeigepflichtige  
Nebentätigkeiten (siehe Anlage)**
- 16. Mitteilungen, Anfragen und Anregungen**

Beginn: 17:00 Uhr

Anwesend:

Ratsmitglieder

Beigeordnete Ulrike Schlieper  
Ratsherr Frank Behrens  
2. stellv. Bürgermeisterin Ruth Bohlke  
Ratsfrau Susanne Bruckner-Groß  
Ratsfrau Isabel Bruns  
Ratsherr Peter de Boer  
Bürgermeister Stephan Eiklenborg  
Ratsherr Christian Fiedler  
Ratsfrau Angela Hoffbauer  
Ratsherr Hermann Kleemann  
Ratsherr Thomas Ney  
Beigeordneter Reinhard Oncken  
Beigeordnete Kirstin Pöppelmeier  
1. stellv. Bürgermeister Michael Ramke  
Beigeordneter Achim Rutz  
Ratsherr Franz Tellner  
Ratsherr Andreas Tieste  
Ratsherr Uwe Wispeler

Gleichstellungsbeauftragte

Gleichstellungsbeauftragte Merle Mänz

Verwaltung

Gemeindeoberamtsrat Klaus Oltmann  
Gemeindeoberamtsrat Jürgen Focke  
Gemeindeamtsrätin Nadine Stamer als Schriftführerin

Zur Tagesordnung wurde wie folgt verhandelt:

**Öffentlicher Teil**

**1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen  
Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung**

Die Ratsvorsitzende, Beigeordnete Schlieper, eröffnete die Sitzung, begrüßte die Anwesenden und stellte die ordnungsgemäße Einladung, die Beschlussfähigkeit sowie die Tagesordnung fest.

**2. Einwohnerfragestunde**

- - -

**3. Genehmigung der Niederschrift Nr. 4 vom 18.10.2017**

**Beschluss:**

Die Fassung der Niederschrift wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**4. Aufnahme eines Jugendvertreters als beratendes Mitglied in den Ausschuss für Kinder, Jugend, Senioren und Soziales**  
**Vorlage: 217/2017**

**Beschluss:**

a) In den Ausschuss für Kinder, Jugend, Senioren und Soziales wird als ständiges Mitglied ein/e Vertrete/in der Jugendvertretung Sande benannt. Dieses zusätzliche Mitglied hat beratende Funktion und nach § 71 Abs. 7 S. 3 NKomVG kein Stimmrecht.

b) Gemäß Vorschlag der Jugendvertretung Sande wird als Jugendvertreter für den Ausschuss für Kinder, Jugend, Senioren und Soziales benannt:

Timith Brandes, Posener Str. 2, 26452 Sande

Als Stellvertreter wird benannt:

Marvin Bochers, Posener Str. 8, 26452 Sande

Gleichzeitig wird gemäß § 71 Abs. 5 NKomVG die Änderung der Ausschussbesetzung festgestellt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**5. Benennung von Elternvertretern für den Schulausschuss**  
**Vorlage: 221/2017**

**Beschluss:**

Gemäß Vorschlag des Gemeindefelternrates vom 01.11.2017 wird neben Frau Susanne Wurm als Elternvertreterin für den Schulausschuss der Gemeinde Sande benannt:

Frau Christina Yassa, Daunstraße 2a, 26452 Sande.

Als Vertreterin für beide Elternvertreter wird benannt:

Frau Cathrin Siemers, Flutstraße 4, 26452 Sande.

Gleichzeitig wird gemäß § 71 Abs. 5 NKomVG die Änderung der Ausschussbesetzung festgestellt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

6. **Festsetzung einer Gebühr für die Oberflächenentwässerung im Ortsteil Cäciliengroden für 2018**  
**Vorlage: 215/2017**

**Beschluss:**

Gem. § 4 der Satzung der Gemeinde Sande über die Erhebung einer Gebühr für die Oberflächenentwässerung im Ort Cäciliengroden vom 12.12.1974 wird die Entwässerungsgebühr für die im Bereich der Siedlung Cäciliengroden belegenen Grundstücke für das Haushaltsjahr 2018 auf 0,0202 € je m<sup>2</sup> Grundstücksfläche festgesetzt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

7. **Richtlinien über die Sportförderung**  
**Vorlage: 177/2017**

Die Fraktion Grüne sprach sich gegen den Beschlussvorschlag aus, weil die beabsichtigte Kürzung insbesondere kleinere Vereine trifft und die Ersparnis der Gemeinde finanziell nicht wirklich hilft. Darüber hinaus wurde auf die Ergebnisse des Workshops Demografischer Wandel verwiesen, der sich für eine Unterstützung der Vereine ausgesprochen hat.

Ein Ratsmitglied informierte, dass der Gemeindesportbund die geplanten Änderungen mit den Vereinen diskutiert hat und von denen durchaus die Notwendigkeit zum Kürzen der Förderung gesehen wurde, da berücksichtigt werden muss, dass die Hallen- und Sportplatznutzung für Vereine kostenlos ist. Darauf Bezug nehmend erläuterte ein weiteres Ratsmitglied, dass die Unterhaltung und Pflege der Sportanlagen rund 50.000 € jährlich kosten, hierin enthalten sind noch nicht die Kosten für Sportgeräte in den Hallen.

**Beschluss:**

Der Rat der Gemeinde Sande beschließt die Richtlinien über die Sportförderung ab dem Jahr 2018.

Abstimmungsergebnis: 15 Ja-Stimmen 3 Nein-Stimmen

8. **Richtlinie der Gemeinde Sande über die Verwendung der Mittel zur Förderung von Jugendpflagemassnahmen**  
**Vorlage: 224/2017**

Die Fraktion Grüne signalisierte, dass sie sich der Stimme enthalten wird, da die Entscheidung des Landkreises in dieser Angelegenheit noch aussteht.

**Beschluss:**

Der Rat der Gemeinde Sande beschließt die Richtlinie über die Verwendung der Mittel zur Förderung von Jugendpflagemassnahmen ab dem Jahr 2018.

Abstimmungsergebnis: 15 Ja-Stimmen 3 Enthaltungen

9. **Erlass einer Haushaltssatzung 2018 sowie die Festsetzung des Investitionsprogramms**  
**Vorlage: 207/2017/1**

Bürgermeister Eiklenborg stellte die Eckdaten des Haushaltes vor, der zwar ausgeglichen werden kann, jedoch keine Überschüsse erwirtschaftet um die Investitionen zu finanzieren, so dass auf Kreditaufnahmen zurückgegriffen werden muss. Aufgrund der hohen Schuldenlage ist die Zinssituation kritisch zu betrachten, weswegen die Schuldentilgung Vorrang haben muss. Zum Schluss seiner Ausführungen sprach sich der Bürgermeister für die Senkung der Kreisumlage aus.

Die SPD-Fraktion erklärte rückblickend, dass der im März aufgestellte Vorschlagskatalog zur Reduzierung der Kosten für freiwillige Leistungen mittlerweile weitgehend abgearbeitet wurde und führte die Einzelmaßnahmen auf. Die Auswirkungen dieser Maßnahmen finden sich zum Teil bereits im vorliegenden Haushaltsplanentwurf wieder oder werden für die Folgejahre erwartet. Zum Bereich der Investitionen wurde ausgeführt, dass die veranschlagten Maßnahmen entweder dem Erhalt und der Pflege des Bestandes dienen, wie z.B. Straßensanierungen, oder wichtig für die Zukunft der Gemeinde sind. Hier wurden als Beispiele die Gewerbegebietserschließungen, die Rathaussanierung, die Umstellung der Straßenbeleuchtung auf LED-Technik, der Umbau des Gemeindehauses Neustadtgödens und die Erweiterung des Feuerwehrgerätehauses Neustadtgödens angeführt. Mit Hinweis darauf, dass diese Maßnahmen zwar zu einer weiteren Erhöhung der Schulden führen, wurde unter Aufzählung der Investitionen seit 2011 festgestellt, dass in diesem Bereich nicht verschwenderisch oder fahrlässig mit Haushaltsmitteln umgegangen wurde. Zudem wurde in Aussicht gestellt, dass im ersten Quartal 2018 rund 2,5 Mio. Verbindlichkeiten getilgt werden können und hierin ein Anfang gesehen wird, den Schuldenberg langfristig abzubauen, vorausgesetzt, dass die Einnahmeseite stabil bleibt oder sich verbessert und sich die Aufwendungen im planbaren Rahmen halten. Aber

es gibt auch Unsicherheiten wie die Zinsentwicklung und die Kostenentwicklungen für die Bereiche Kindertagesstätten und Personalkosten. Es wurde auf die Personalkosten beziehungsweise die Auffassung vertreten, dass anspruchsvoller werdende Prozesse in der Verwaltung und steigende Aufgabenumfänge mittelfristig dazu führen, dass höherwertige Dienstposten ausgebracht werden müssen. Auch wird im Bereich der Kindertagesstätten und der Sozialstation die Bezahlung in den nächsten Jahren verbessert werden müssen. Zum Stellenplan wurde abschließend ausgeführt, dass der Ausweisung einer weiteren Stelle im Fachbereich I zugestimmt wird.

Die Fraktion Grüne führte rückblickend aus, dass der erste Haushaltsentwurf ein Defizit auswies und die Gemeinde, auch wenn nunmehr ein leichtes Plus ausgewiesen wird, schlecht da steht. Es wurde bemängelt, dass gute Vorschläge zur Verbesserung der Haushaltslage wie die Erhebung von Parkplatzgebühren am Bahnhof nicht aufgegriffen wurden, da es schließlich das Ziel sein muss, die Abschreibungen und Unterhaltungsaufwendungen zu erwirtschaften. Die von der SPD-Fraktion als ihre Vorschläge dargestellten Maßnahmen wie die Aufgabe der Nutzung des Gemeindehauses Neustadtgödens oder die Umstellung der Straßenbeleuchtung auf LED-Technik wurden nach Aussage der Fraktion Grüne von ihr bereits in der Vergangenheit vorgeschlagen aber nicht berücksichtigt. Der Verwaltung wurde Lob dafür ausgesprochen, dass sie sehr bemüht war, Einsparmöglichkeiten vorzuschlagen. Da der Haushalt insgesamt als zu wenig ambitioniert angesehen wurde, lehnte die Fraktion den vorliegenden Entwurf ab.

Die CDU-Fraktion bemängelte, dass keine Aufgabenkritik stattgefunden hat und der Haushalt deshalb abgelehnt wird. Der von der Verwaltung dargestellte Personalbedarf muss nach Ansicht der Fraktion durch Einsparungen im Bereich der freiwilligen Leistungen gedeckt werden. Durch Aufgabenreduzierungen in diesem Bereich könnten frei werdende Personalkapazitäten im Bereich der Pflichtaufgaben eingesetzt werden. Kritisiert wurden auch die veranschlagten Baukosten für die Erweiterung des Feuergerätehauses Neustadtgödens, die als zu hoch angesehen wurden.

Im Anschluss an die Ausführungen der Fraktionen gab es eine kurze Aussprache über die vorgebrachten Stellungnahmen.

### **Beschluss:**

Dem Haushaltsplanentwurf 2018 mit Anlagen wird unter Berücksichtigung der bisher beratenen Änderungen zugestimmt. Gemäß § 112 NKomVG beschließt der Rat den Erlass der vorliegenden Haushaltssatzung 2018 sowie die Festsetzung des Investitionsprogramms.

Abstimmungsergebnis: 13 Ja-Stimmen 5 Nein-Stimmen

10. **Aufstellung einer vorhabenbezogenen 3. Änderung des Bebauungsplans Nr. 7 Hauptstraße/Dollstraße**  
**Vorlage: 199/2017**

**Beschluss:**

Aufgrund des § 2 (1) BauGB in der Fassung vom 03.11.2017 (BGBl. I S. 3634), i. V. m. § 58 (2) Nr. 2 NKomVG in der Fassung vom 17.12.2010 (Nds. GVBl. S. 576) beschließt der Rat die Aufstellung einer vorhabenbezogenen 3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 7 – Hauptstraße/Dollstraße –.

Der Änderungsbereich umfasst das Grundstück Hauptstraße 39 (Flurstück 38/6 Flur 14 der Gemarkung Sande).

Abstimmungsergebnis: einstimmig

11. **Mitteilungen, Anfragen und Anregungen**

Ein Ratsmitglied monierte die Vorgehensweise, Themen, die in öffentlicher Sitzung diskutiert wurden, letztlich in nichtöffentlicher Sitzung zu entscheiden, z.B. das Thema Modelprojekt Hauptstraße/Dollstraße, weil dadurch die Politikverdrossenheit gefördert wird. Themen sollten, soweit gesetzlich zulässig, grundsätzlich öffentlich beraten und auch entschieden werden. Dem entgegenhaltend wurde auf den zusätzlichen Aufwand für eine zusätzlich Sitzung verwiesen und vom Bürgermeister ergänzt, dass die Tendenz zu dem angesprochenen Thema schnell ablesbar war und die Bürger direkt nach der Beschlussfassung im nichtöffentlich tagenden Verwaltungsausschuss über die Presse informiert wurden.

Nach einer kurzen Unterbrechung wurde in nichtöffentlicher Sitzung weiter beraten.